

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 7

Artikel: Russisch oder sowjetisch? : Zur Frage der nationalen und gesellschaftlichen Unterdrückung in der UdSSR
Autor: I.L. / Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095290>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Briefe

Russisch oder sowjetisch?

Zur Frage der nationalen und gesellschaftlichen Unterdrückung in der UdSSR

Wie schon in der letzten Nummer bezüglich Lateinamerikas wollen wir einen Leserbrief zum Anlass nehmen, auf eine Thematik zurückzukommen, die gerade jetzt lebhaft zur Debatte steht. Es geht um die Frage der Nationen und Nationalitäten in der UdSSR. Wir hatten in ZB Nr. 3/1972 einen Korrespondenzbericht über den Brief lettischer Kommunisten zur Russifizierung des Baltikums veröffentlicht und im Anschluss daran einen redaktionellen Kommentar «zur nationalen Unterdrückung in den Proportionen der gesellschaftlichen Unterdrückung» gebracht. Zunächst eine Stimme, die damit gar nicht einverstanden ist:

Grossrussische Mentalität?

Ich weise inhaltlich auf die Beschwerde der lettischen Kommunisten hin (siehe ZB Nr. 3, S. 7: «Die Russifizierung Lettlands»), um festzustellen, dass Moskau dieselben Methoden der brutalen Russifizierung nicht nur im Baltikum, sondern in allen nichtrussischen Gebieten des ganzen sowjetischen Imperiums anwendet, womöglich auf noch brutalere Weise.

Auf diesen Brief der lettischen Kommunisten hat die «ZeitBild»-Redaktion sogleich reagiert, und zwar mit einem Kommentar, der schon mit seinem Titel die Fragen vernebelt.

Der Verfasser «cb» bejaht zwar im allgemeinen die Beschwerde der lettischen Kommunisten und kritisiert die sowjetische «Parteidemokratie», zieht dann aber Schlussfolgerungen, die seiner Einleitung direkt widersprechen. Er schreibt:

«Im Gegensatz zur Darstellung dieses Schreibens aus dem Baltikum (und man findet Parallelen dazu in ukrainischen nationalistischen Kreisen) ist nämlich die Russifizierung nicht das Wesen der sowjetischen Diktatur, sondern allenfalls eines ihrer vielen heuchlerisch abgelegneten Nebenprodukte. Eine Opposition, die sich auf nationale und ethnische Kriterien ausrichtet, verliert ihre gesellschaftliche Relevanz. Geht es denn um den Gegensatz zwischen Russen und Nichtrussen? Sollten denn die Balten Front gegen die Russen Breschnew und Bukowskij machen?»

Statt des letzten Wortes

(Fortsetzung von Seite 5)

men von Bedeutung eine Massenunterstützung. Begreifen Sie nicht, dass Sie bald mit massiven gesellschaftlichen Bestrebungen in Konflikt geraten müssen? Neue Prozesse beginnen eben, und Ihre Unterdrückungsmassnahmen haben aufgehört, wirkungsvoll zu sein. Was wird demnächst geschehen?

Es bleibt hier nur ein Ausweg übrig: auf unzeitgemässe Unterdrückungen zu verzichten und neue Formen einer Koexistenz mit den neuen Erscheinungen zu finden, die unwiderruflich in unserem heutigen Leben verwurzelt sind. Das ist die Wirklichkeit. Sie ist ohne Erlaubnis gekommen und hat neue Dinge gebracht, Dinge, die einen neuen Zutritt verlangen. Leute, die berufen sind, sich mit Angelegenheiten des Staates zu beschäftigen, haben darüber nachzudenken. Und Sie spielen noch immer mit Bumerangs...

Hier wird ein Gerichtsverfahren stattfinden. Gut, dann werden wir kämpfen. Eben jetzt, da eine

Hier beginnt «cb» auf raffinierte Weise die Wahrheit zu verdrehen: Er stellt auf die gleiche Stufe den Russen-Diktator Breschnew mit dem Opfer seiner Diktatur, den russischen Schriftsteller Bukowskij, als ob die gegen Russifizierung protestierenden lettischen Kommunisten je den oppositionellen russischen Intellektuellen die Schuld an der Russifizierung gegeben hätten.

In seiner Unwissenheit beruft sich «cb» auf Valerij Tarsis. Dieser bekämpft zwar die diktatorische Herrschaft der sowjetischen KP, hat sich aber bisher gar nicht von der grossrussischen imperialistisch-nationalistischen Mentalität befreit und besteht darauf, das russische Imperium, das sich durch viele Kriege innert Jahrhunderten Gebiete zweier Kontinente angeeignet hat, weiterhin zu bewahren.

Er behandelt das sowjetische Imperium als einen einheitlichen russischen Staat, nicht aber als despotisches Reich von Hunderten zwangseingegliederten Nationen mit alten Kulturen, als schreckliches Gefängnis der vielen unterjochten Völker...

Auch jetzt, als Emigrant, äussert Herr Tarsis seine Angst, dass die heutige Opposition in der UdSSR zu einer Zergliederung des heutigen russischen Imperiums beitragen könnte.

Das Nationalitätenproblem in der UdSSR erachtet Herr Tarsis als «zweitrangig». Seines Erachtens gibt es in der UdSSR keine diktatorische Herrschaft der Russischen Kommunistischen

Person eine Reueerklärung geschrieben und eine andere sich zum Uebersetzer unqualifiziert hat, ist es notwendig, dass jemand ein Beispiel der Charakterstärke zeigt und mit einem Schwung den schlechten Eindruck wegfeht, der durch Ausscheiden einiger Leute aus der Oeffentlichkeitsarbeit entstanden ist. Dies ist mir zugeteilt... Es ist eine schwere Mission. Hinter Gittern zu sein ist für niemanden leicht. Aber vor sich selbst keine Achtung zu haben, ist noch schwieriger. Und deshalb werden wir kämpfen!

Hier wird ein Gerichtsverfahren stattfinden, und alles wird von Anfang an beginnen: neue Proteste und Petitionen, neues Material für die Presse und das Radio der Welt. Interesse für das, was Moros geschrieben hat, wird sich um das Zehnfache steigern. Mit einem Wort, eine neue Menge von Oel wird in das Feuer gegossen, das Sie löschen wollen...

Dies ist wirklich eine umstürzlerische Tätigkeit. Aber forschen Sie hier nicht nach meiner Schuld. Nicht ich habe Moros hinter Gitter gebracht, und nicht ich war es, der den Bumerang geworfen hat. ■

Partei, sondern nur Gegensätze zwischen Regierenden und Regierten. Und zu beiden Kategorien sollten gleicherweise... Russen, Armenier, Kasachen, Balten usw. gehören, d. h. alle Völker — die womöglich nur von ihren nationalen kommunistischen Parteien beherrscht würden...

Eine solche Unwahrheit ist unerhört! Da wird dergleichen getan, als seien in der sogenannten UdSSR alle nationalen Sowjetrepubliken gleichberechtigt, als könnten sie sich selber verwalten. Als ob beispielsweise in der Sowjet-Ukraine der KP-Sekretär Schelest kein blosser willenloser Diener Moskaus sei...

Uebrigens ist Herr Tarsis der Meinung, dass die Russifizierung in der UdSSR ein natürlicher Prozess sei, wie z. B. die Anglizisierung in Wales. Das ist offensichtlich bewusste Heuchelei. Herr Tarsis weiss denn doch genau, dass die Denationalisierung in Wales nichts gemein hat mit dem brutalen Vorgehen der russisch-nationalistischen Diktatur über die nichtrussischen Völker der UdSSR. Diese werden durch folgende Methoden russifiziert: durch planmässige Verweigerung eines muttersprachlichen Schulwesens, durch blutigen Terror, durch zwangsweise Aussiedelung der Bevölkerung aus ihrer Heimat, durch grausame Verfolgung der Kämpfer für nationale Freiheit der Völker usw.

Als lehrreiches Beispiel der russischen imperialistischen Nationalitätenpolitik den nichtrussischen Völkern gegenüber kann Moskaus Behandlung der Ukraine (zweitgrösste Nation der UdSSR) gelten. Aufgrund der fünf amtlichen Volkszählungen in der UdSSR, der sowjetischen Statistik und verschiedener anderer sowjetischen Angaben konnte berechnet werden, dass unter der Diktatur der russischen KP bis 1959 ungefähr 19 Millionen Ukrainer Opfer des Volksmordes geworden sind.

Diese grausame Ausrottung des ukrainischen Volkes geschah durch jahrelangen blutigen Terror, durch den von Moskau künstlich organisierten Hunger in der Ukraine, der ehemaligen «Kornkammer Europas», durch systematische Aussiedlung der ukrainischen Bevölkerung aus ihrer sonnigen Heimat und ständige planmässige Ansiedlung der Russen in die Ukraine usw. (siehe z. B. die Broschüre «Die Nationalitätenpolitik der Russischen Kommunistischen Partei», veröffentlicht im «Aufbau», der schweizerischen Wochenzeitung für Recht, Freiheit und Frieden, Zürich 1968).

I. L.

Von Fraglosigkeiten und Fraglichkeiten

cb. Die Nationalitätenfrage ist eines der heillossten Komplexe von ausgesprochener Vielschichtigkeit, und da gibt es manches, worüber man in guten Treuen verschiedener Ansicht sein kann. Dieser Tatsache hat unsere Zeitung übrigens immer wieder Rechnung getragen. Gerade die doppelte Präsentation jenes Briefes aus Lettland ist ein Beispiel dafür, und heute (siehe S. 2) halten wir den sachbezogenen Meinungsfächer mit der Darstellung von Michael Stepanek weiterhin offen. Das gehört zur Diskussion in guten Treuen. Aber es schadet nichts, grundsätzlich wieder einmal festzuhalten: Unsere Gegnerschaft gilt der totalitären Machthandhabung, samt aller nationaler Unterdrückung, die sie mit sich bringen mag, aber nicht einer Nation. Sie gilt dem Sowjetsystem und nicht den Russen, auch wenn

▶ allen verstanden wird, andererseits kann ich es sehr gut verstehen, wenn das Russische in Lettland zunächst als Kolonialsprache gilt und nicht so sehr als gemeinschaftliches Verständigungsvehikel. Natürlich liegt da in letzter Konsequenz die Frage nach Entkolonialisierung der baltischen Staaten «drin», aber was soll man mittlerweile zu diesem konkreten Punkt tun? Sollte der betreffende Russe erst alle 180 Sprachen lernen, bevor er sich zu beliebigen Sitzungen in den nichtrussischen Gebieten begibt, oder sollte man in sämtlichen Aemtern via Dolmetscher miteinander verkehren, obwohl man die Möglichkeit hat, auf russisch direkt miteinander zu reden? Kurz, ich kann an der bestehenden sprachlichen Regelung eigentlich nichts Ungeheuerliches er-

blicken, obwohl ich ihre Problematik durchaus erkenne.

Oder die Frage nach dem Bevölkerungsverhältnis: Ich begreife durchaus, dass die Letten keine Freude daran haben, wenn ihr Anteil zwischen 1959 und 1970 von 62 auf 57 Prozent zurückgegangen ist. Gewiss, es hatte nach dem Anschluss, der im Einvernehmen mit Hitler erfolgt war, Zwangsdeportationen von Balten und Zwangseinweisungen von Nichtbalten gegeben (das übrigens zu einer Zeit, als die jetzigen beschwerdeführenden Genossen laut ihren eigenen Angaben getreue Diener des Sowjetsystems waren, das sich kräftig der Liquidierung anti-sowjetischer Elemente widmete!), aber mittlerweile hat man es zur Hauptsache mit einer Migration zu tun. Lettland und Estland üben we-

gen ihrer weniger prekären Wohnungsverhältnisse eine Anziehungskraft auf Einwanderer aus, zu denen übrigens beileibe nicht nur Russen gehören. Nun, es mag daneben noch zwangsweise Wohnortszuweisungen geben, und selbstredend sind wir dagegen. Was aber die echte Migration angeht, so würde ich sie mir höchstens in einem total freien Ausmass wünschen, denn schliesslich handelt es sich bei der Freizügigkeit um ein Menschenrecht. Und in der UdSSR ist just die ungenügende Freizügigkeit zu beklagen, vor allem in bezug auf die Bauern, die sich nicht nach ihrem Belieben in der Stadt ansiedeln können, dann auch in bezug auf alle «unzuverlässigen Elemente», denen man als vorsorgliche administrative Massnahme Wohnzonen zuweist oder versperrt usw. Nun mag es durchaus so sein, dass die Sowjetführung das Menschenrecht auf Freizügigkeit in Richtung Baltikum deshalb nicht behindert, weil ihr die Sowjetisierung (meinetwegen auch die Russifizierung) dieser Gebiete gelegen kommt, aber soll man deswegen ausgerechnet jenes Phänomen beklagen, das wenigstens die Teilverwirklichung eines Menschenrechtes darstellt, auch wenn es keinesfalls in edler Absicht zugelassen wird?

Tatsächlich fehlt in jenem Brief aus Lettland faktisch der gesellschaftliche Bezug. Auch wenn man die Vergangenheit dieser altgedienten Kommunisten auf sich beruhen lässt (und sie darf für sich allein nicht das Kriterium sein; sonst hätte man etwa den tschechischen Reformler Smrkovsky auch bekämpfen müssen), sieht man nicht ganz klar, ob ihre Gegnerschaft der totalitären Diktatur gilt oder nur der Tatsache, dass sie in der Ausübung der totalitären Diktatur von Fremden bevormundet werden.

Dabei hat man gerade aus den baltischen Ländern in den letzten Jahren eine Unmenge von oppositionellen Dokumenten erhalten, die jeder Unterstützung würdig sind. Die Menschenrechts- und Bürgerrechtsbewegung ist dort besonders stark, wie Samisdat-Texte zeigen. Von dort aus sind zahlreiche namentlich unterzeichnete Petitionen und Protestschreiben auch ins Ausland abgegangen, zum Beispiel an das Menschenrechtskomitee der UNO, das auf solche Briefe natürlich nicht reagiert. Gerade in diesen Tagen ist es anscheinend zu einem Massenprotest von Katholiken gegen die Unterdrückung der Glaubensfreiheit gekommen. Manifestationen dieser Art sollten eigentlich eine echte Herausforderung an das westliche Solidaritätsgefühl darstellen, das nach dieser Richtung hin so kläglich versagt.

*

Wie immer sie zu bewerten sei, ist freilich die nationale Opposition, die noch vor wenigen Jahren sozusagen zu den «alten Märchen» gehörte, in der Sowjetunion von heute zu einer Kraft geworden, mit der man rechnen muss. In relativ abgelegenen Gebieten wie zum Beispiel Georgien lässt sich ihr Erwachen vor allem aus den Repressionsmassnahmen des Regimes folgern, aber namentlich aus der Ukraine hat man allmählich auch immer mehr Belege dafür, wie sie um ihr Selbstverständnis ringt. Dieses Land mit seinen 40 Millionen Einwohnern hat seinen eigenen Samisdat, der dort «Samwydaw» genannt wird. Und die seit 1968 bestehende russische Samisdat-Sammelzeitschrift «Chronik der laufenden Ereignisse» hat seit 1970 ihr ukrainisches Pendant, «Ukrainski Wisnyk» (Ukrainischer Bote). Als Vorkämpfer der «ukrainischen Re-



CRITICON

die konservative Zweimonatsschrift

Jede Zeitschrift hat ihr Horoskop. Die Aspekte des unsers sind düster: Demokratisierung, Sozialisierung, Krise. Doch positive Aspekte überwiegen: Realismus, Mut, Intelligenz.

CRITICON – die konservative Ideenküche.

Aus der letzten Nummer:

Kommentar: Das Heil der Defekten – Autorenporträt: C. Northcote Parkinson – Publizisten - Politiker - Unternehmer von Carl Zimmerer – Die ungelösten nationalen Probleme sprengen Jugoslawien von Josip Kovac – Die Münchener Eröffnung der Ost-Partie mit Beiträgen von Bruno Bandulet, Hans Graf Huyn – Russland - Gefahr oder Hoffnung von Nikolaus v. Sementowsky-Kurilo – Einwände gegen einen Kreuzzug von H. G. von Studnitz – Das nicht geglückte Dreieck von Alphonse Max – Die Democrazia Cristiana von Antonio Ghirinelli – Biologie und Kultur von Friedrich Cramer – Zeitschriften der konservativen Alternative in 19 Staaten Europas und in Uebersee – 8 Seiten Literatur-Beilage.

Dazu wie immer Buch aktuell – Buchbericht – Magazin – Notizen

Herausgeber: Caspar v. Schrenck-Notzing und Hanns Klatz

An CRITICON-Vertrieb, 8000 München 70, Postfach 701472

Ich abonniere den 2. Jahrgang (Nr. 7-12) zum Preis von DM 15,-/§ 4.50/6S 110.- Konto:

K. Knauf, D - 848 Weiden i. d. OPf. 1 Postfach 70 Postcheckamt Nürnberg Nr. 211738

Unterschrift:

Senden Sie kostenlos Probenummern

Name _____
 Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____

naissance» gilt der Historiker Valentin Moros, den das Regime als «bürgerlichen Nationalisten» Ende 1970 zu insgesamt 14 Jahren Freiheitsentzug verurteilte. Vor kurzem ist seine schriftlich eingegebene Verteidigungsrede, die ganz und gar nicht defensiv gehalten ist, ins Ausland gelangt. Wir bringen sie (S. 4) als Dokument der ukrainischen Opposition und ihres Selbstbewusstseins.

Die nationale Opposition in der Sowjetunion ist in Parallele zur politischen Opposition erwacht, die bis Mitte der sechziger Jahre ebenfalls noch kaum artikuliert und kaum verbreitet war. Vor allem aber verstehen sich gerade die besten Vertreter der nationalen Opposition als Teil der politischen Opposition, gemeinsam mit den andern Minderheiten so gut wie mit der russischen Mehrheit. Sie sind zugleich auch Bürgerrechtler und Menschenrechtler, ein Teil der Bewegung, welche das ganze Unionsgebiet umfasst. Natürlich werden bestimmte Interessen wie die eigene Geschichte und die eigene Kultur im Bestreben nach Autonomie mit Vorrang behandelt, aber die Einsicht dominiert, dass man mit den regierten Russen im gleichen Boot sitzt (und häufig genug auch im gleichen mordwinischen Lager). «Chronik» und «Ukrainski Wisnyk», die untereinander Informations- und Meinungsaustausch pflegen, ziehen grundsätzlich am gleichen Strick, zuweilen mit einem leichten Winkel, aber kaum je in entgegengesetzten Richtungen. Gewiss, man mag es bedauern, dass die ukrainischen Oppositionellen von schier nationalistischen Manifesten weniger eindeutig Abstand nehmen, als es die russischen Oppositionellen etwa mit dem national-russischen «Wort an die Nation» tun, aber man

muss das auf die verlogene Nationalitätenpolitik des Sowjetregimes zurückführen.

Die sowjetische Repressionswelle dieses Frühjahrs hat sich entsprechenderweise sowohl gegen die gesellschaftskritischen Russen als auch gegen die Minderheiten gerichtet. Der Verhaftungsfeldzug vom Januar fand in Moskau, in Kiew und in Lwow, im Baltikum und anscheinend auch in transkaukasischen Gebieten statt. Der verschärfte Kurs richtet sich gegen nichtkonforme Kräfte jeder Schattierung. Die aufbegehrenden Regierten sind von den Regierenden gemeinsam bedroht.

Christian Brügger

Der Buchtip

Vom Kommunismus zur sozialen Demokratie

Ulrich Kägi: «Wider den Strom.» Verlag Huber, Frauenfeld 1972. 160 Seiten, Fr. 16.80.

Ulrich Kägi ist 1924 geboren, während des Krieges zur kommunistischen Bewegung gestossen, 1944 wegen illegaler politischer Tätigkeit inhaftiert gewesen, danach Jugendfunktionär der PdA und Präsident der Freien Jugend der Schweiz geworden. Chruschtschews Enthüllungen über Stalin 1953 verstärkten seine 1948 mit dem Bruch Stalin—Tito einsetzenden ersten Zweifel, und nach dem sowjetischen Einmarsch in Ungarn 1956 brach er mit der Partei. Damit begann eine Zeit des stillen Nachdenkens, und Mitte der sechziger Jahre wurde er Redaktor am «Volks-

recht». Seit 1970 ist er in gleicher Funktion an der «Weltwoche» tätig. Kägi gehört — nicht erst seit diesem Buch, aber nun weitherum sichtbar — zu den glaubwürdigen Vertretern der offenen Gesellschaft.

Kägis Buch ist in seinen eigenen Worten eine Mischung von Autobiographie und politischen Anmerkungen. In unseren Worten ist es ein packend niedergelegtes, ehrlich geführtes Selbstgespräch über die Stationen eines Lebens im Dienste der Gerechtigkeit. Ueber die Wege und Umwege zum Mitmenschen. Ueber Möglichkeiten und Grenzen politischer Tätigkeit. Ueber den Sinn und Unsinn der Freiheit.

In Kägis Buch klingt die seltene Weisheit eines in sich gefestigten und deshalb auf keine Verdrängungen und Fluchtreaktionen mehr angewiesenen Menschen an.

In schonungsloser Offenheit und mit sachlicher Distanz zeichnet Kägi seinen Weg zur Partei — und von ihr weg. Er schwamm damals gegen den Strom des Bürgertums, und er schwimmt jetzt gegen den Strom des tonangebenden Trends zum kommunistisch verstandenen Sozialismus. Das ist ein bemerkenswertes Schicksal. Da es ansprechend geschildert ist, wird es jedem offenen Leser zur Lehre: dem älteren, weil er sein Verhalten an jenem des Autors messen kann, und dem jüngeren, weil er sein eigenes Denken überprüfen kann. So wird Kägis Selbsterkenntnis zu einem überzeugenden Plädoyer für die Demokratie. Das Buch ebnet den Weg zum noch immer (oder immer mehr?) gestörten Gespräch zwischen den Generationen und gehört daher in die Hand der Älteren und der Jüngeren. Peter Sager

Deutschland Archiv

Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik

Deutschland Archiv erscheint monatlich im Umfang von 112 Seiten

Preis des Einzelheftes DM 4,80
Jahresabonnement (12 Hefte) DM 50,-, zuzüglich Portokosten

Schüler, Studenten, Wehr- und Ersatzdienstpflichtige erhalten das Jahresabonnement zum Preis von DM 30,- zuzüglich Portokosten.

Kostenloses Probeheft auf Anforderung

Verlag Wissenschaft und Politik
5 Köln 1, Salierring 14-16

informiert mit Dokumentationen und Berichten über Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in der DDR

analysiert die Entwicklung der verschiedenen Lebensbereiche der DDR und der innerdeutschen Beziehungen

diskutiert prinzipielle und aktuelle Probleme der Deutschlandpolitik, der Ostpolitik und der DDR-Forschung